



Medienkonferenz des überparteilichen Thurgauer Komitees «Nein zu No Billag»

Freitag, 19. Januar 2018

10.00 Uhr im Café Rhyhof, Rheinstrasse 11, 8500 Frauenfeld

Teilnehmende

Edith Graf-Litscher, Nationalrätin SP TG

Wolfgang Ackerknecht, Präsident EVP TG

Kurt Egger, Präsident Grüne TG

Robert Meyer, Präsident GLP TG

Nina Schläfli, Präsidentin SP TG

Paul Rutishauser, Präsident CVP TG

Simon Vogel, Präsident Junge Grüne TG

Cornelia Zecchin, Kantonsrätin FDP TG



www.nein-nobillag-thurgau.ch



www.facebook.com/neinnobillagthurgau

Email info@nein-nobillag-thurgau.ch

19. Januar 2018

Medienkonferenz des überparteilichen Thurgauer Komitees Nein zu No Billag

Es gilt das gesprochene Wort.

Paul Rutishauser, Präsident CVP Thurgau

Sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Medienschaffende

Ich begrüsse Sie ganz herzlich zur Medienkonferenz des überparteilichen Komitees «Nein zu No Billag» Thurgau. Dieses Komitee umfasst im Moment über 100 Parlamentarierinnen und Parlamentarier und weitere Bürgerinnen und Bürger aus mindestens 7 Parteien im Thurgau. Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen werden wir heute unsere Argumente vortragen. Am Ende der Präsentationen gibt es die Möglichkeit für Fragen.

Nationale Politikerinnen und Politiker wie Ständerat Roland Eberle, Ständerätin Brigitte Häberli, Nationalräte Christian Lohr und Markus Hausammann mussten sich für heute entschuldigen, da sie andere Termine haben. Als erstes möchte ich Frau Nationalrätin Edith Graf-Litscher das Wort geben.

19. Januar 2018

Medienkonferenz des überparteilichen Thurgauer Komitees Nein zu No Billag

Es gilt das gesprochene Wort.

Edith Graf-Litscher, Nationalrätin SP TG, Präsidentin KVF-N

No-Billag-Initiative – ein brandgefährlicher Angriff auf unseren Service public und die vierte Gewalt

No Billag = No «Regionaljournal Ostschweiz», No «Tele Top» und No «Tele Ostschweiz» Das SRG-Angebot finanziert sich zu 75 Prozent über die Empfangsgebühren. Bei Annahme der Initiative würden diese Mittel vollständig wegfallen. No Billag bedeutet somit kein «Bestatter», kein «Echo der Zeit», kein «Regionaljournal Ostschweiz», kein «Lauberhornrennen», kein «Schweiz aktuell». Aber es geht nicht nur um die SRG. Auch 13 Regionalfernsehen und 21 Regionalradios erhalten Gebührenanteile. Die Empfangsgebühren machen jeweils bis zu 70 Prozent der Gesamteinnahmen dieser Sender aus. «Tele Ostschweiz» oder «Tele Top» als Ostschweizer Beispiele wären ebenfalls in ihrer Existenz bedroht. Wird die Initiative angenommen, gibt es keinen «Plan B». No Billag bedeutet Lichterlöschen – und zwar für alle SRG-Sender wie auch für die 34 Privaten mit Gebührenanteil. Ein Ja zu No-Billag hätte eine mediale Wüste zur Folge. Der Plan B des SGV ist eine medienökonomische Seifenblase.

In einer modernen Demokratie finanziert der Einzelne Güter und Dienstleistungen für die Gemeinschaft, auch wenn er diese Angebote selbst nur teilweise oder gar nicht in Anspruch nimmt. So bezahlen zum Beispiel alle für Schulen, Spitäler und das Schienennetz, auch wenn sie es nicht täglich nutzen. Doch Infrastruktur und Dienstleistungen stehen bereit, wenn wir sie benötigen. Dank ihnen funktioniert und entwickelt sich unsere Gesellschaft. Dasselbe Prinzip gilt für das öffentliche Radio und Fernsehen.

Dank der Gebührenfinanzierung können sich Bürgerinnen und Bürger auf ein SRG-Programmangebot verlassen, das unabhängig von Wirtschaft und Politik gestaltet wird. Auch kann die SRG ihr Programmangebot dadurch weniger auf kommerziellen Erfolg und Einschaltquoten als auf private Anbieter ausrichten. In unserer direkten Demokratie wirkt sich dies positiv auf die freie Meinungsbildung und die Qualität der öffentlichen Debatte aus – gerade im Zeitalter von starker politischer Einflussnahme sowie Falschinformationen («Fake News»). Dies ist im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger.

Selten hat eine Initiative schon so viele Monate vor der Abstimmung derart viel zu reden gegeben. Die Initianten verlangen die Abschaffung der öffentlichen Finanzierung aller SRG-Angebote und der 34 regionalen Radio- und Fernsehstationen mit Gebührenanteil. Es sind genau diese Sender, die täglich – regional, national und in allen vier Landessprachen – kritisch und unabhängig über Politik, gesellschaftliche Themen, Kultur, Wirtschaft sowie Sport berichten.

19. Januar 2018

Medienkonferenz des überparteilichen Thurgauer Komitees Nein zu No Billag

Es gilt das gesprochene Wort.

No Billag schafft eine Zweiklassengesellschaft

Die Befürworter behaupten, der Markt würde den Kahlschlag in der Schweizer Medienlandschaft abfedern. Die Initianten machen aber mehrere Denkfehler. Nur ein Fünftel der Vollkosten beim Fernsehen kann durch Werbeeinnahmen gedeckt werden. Zudem sind die Werbeeinnahmen bereits heute rückläufig. Wird die Initiative angenommen, so würden diese Einnahmen ohne attraktive Kanäle mit guten Zuschauerquoten also noch mehr schrumpfen. Zwangsläufig würde beispielsweise der Sport ins Bezahlfernsehen abwandern. Das «Pay-TV» führt jedoch zu einer Zweiklassengesellschaft: Während sich die einen problemlos unterschiedliche Abos für unterschiedliche Interessen teuer zusammenkaufen können, werden die anderen leer ausgehen, da sie sich den Griff ins Portemonnaie nicht leisten können.

No Billag bedroht die vierte Gewalt

Die Initiative ist auch ein Frontalangriff auf die vierte Gewalt in unserem Land. Nur dank Gebührenfinanzierung wird ein Service public ermöglicht, der unabhängig von Parteipolitik und Wirtschaft gestaltet wird. Keine Parlamentarierin und kein Parlamentarier kann sich als Programmdirektor aufspielen oder kritische Berichterstattung mit Sparmassnahmen abstrafen, kein reicher Financier kann einen SRG-Sender aufkaufen oder mit einem Werbeboykott eine Redaktion unter Druck setzen. Die gebührenfinanzierten Programme sind verpflichtet, das gesellschaftliche Leben sachgerecht, ausgewogen und vielfältig abzubilden, dazu gehören beispielsweise Nachrichtensendungen mit Hintergrundinformationen. Sie sind somit ein wichtiger Bestandteil unserer direkten Demokratie.

Damit wir weiterhin auf einen Service Public für alle statt für wenige zählen können, müssen wir möglichst viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gegen diese für unsere Gesellschaft und direkte Demokratie brandgefährliche Initiative mobilisieren.

Abstimmung im National und Ständerat

In der Schlussabstimmung empfahl der Nationalrat Volk und Ständen die Initiative mit 129 zu 33 Stimmen bei 32 Enthaltungen zur Ablehnung. 32 Mitglieder der SVP-Fraktion empfahlen sie zur Annahme, 26 enthielten sich der Stimme. Vereinzelt gab es auch von Seiten der FDP-liberalen Fraktion.

Der Ständerat nahm den Bundesbeschluss und damit die Empfehlung auf Ablehnung der Initiative mit 41 zu 2 Stimmen bei einer Enthaltung an.

19. Januar 2018

Medienkonferenz des überparteilichen Thurgauer Komitees Nein zu No Billag

Es gilt das gesprochene Wort.

Wolfgang Ackerknecht, Präsident EVP TG

Nein gegen die Diskriminierung von Randregionen, Sinnesbehinderte oder Randsportarten

Beiträge dieser Gruppen und für diese Gruppen könnten nicht kommerziell finanziert werden und würden wegfallen. Das wäre ein Schlag gegen Minderheiten, die Solidarität würde so zu Grabe getragen. Dies ist der Schweiz nicht würdig.

Kurt Egger, Präsident Grüne TG

Nein zum Kahlschlag in der Medienlandschaft

Die No-Billag-Initiative zerstört mit Holzhackermethoden die lebendige Medienvielfalt. Rechtspopulistische Milliardäre und globale Konzerne übernehmen Radio und Fernsehen in der Schweiz.

Robert Meyer, Präsident GLP TG

Journalistische Unabhängigkeit als Grundpfeiler unserer Demokratie

Die SRG als einziges öffentlich-rechtliches Medium in der Schweiz trägt wesentlich zum Erfolg unserer direkten Demokratie bei. Nicht umsonst werden die Medien häufig auch als «vierte Gewalt» bezeichnet. Die unabhängige Information als Grundpfeiler der Demokratie ermöglicht erst eine freie Meinungsbildung. Staatlich unterstützt, aber nicht staatlich kontrolliert, ist es der SRG möglich in alle Richtungen kritisch zu recherchieren. Indem wir uns alle solidarisch an der Finanzierung der SRG beteiligen, ist sie uns allen zu gleichen Teilen verpflichtet. Ein Ja zur «No Billag»-Initiative würde das Ende der SRG bedeuten und dazu führen, dass alle Medienhäuser der Schweiz in den Händen einiger weniger wären. Es droht das Ende für die unabhängige Information – ein zu hoher Preis, den wir letztendlich wiederum alle teuer bezahlen müssten.

19. Januar 2018

Medienkonferenz des überparteilichen Thurgauer Komitees Nein zu No Billag

Es gilt das gesprochene Wort.

Paul Rutishauser, Präsident CVP TG

Mit No Billag keine SRG mehr!

Wenn bei einem Unternehmen achtzig Prozent seiner Einnahmen wegfallen, überlebt es nicht. Da hilft kein inhaltloses Relativieren und versuchtes Schönreden - so einfach ist das. Für die SRG ist es der Sendeschluss. Die No-Billag will die Beerdigung der SRG und strebt nicht nur deren Privatisierung an.

Die SRG ist kein Staatsradio und kein Staatsfernsehen, wir als Schweizerinnen und Schweizer sind Mitbesitzer. Wir haben auch die Post, den öffentlichen Verkehr, Spitäler und Schulen nicht privatisiert – warum sollten wir es mit der SRG machen. Uns als Konsumenten käme die Annahme der No-Billag Initiative viel teurer zu stehen, eine privatisierte SRG ist in der Schweiz nicht überlebensfähig.

Beat Schenk, Präsident Juso TG

Die No-Billag Initiative ist ein direkter Angriff auf die ohnehin schon eintönige und monopolisierte Medienlandschaft der Schweiz. Medien sollen nicht nur unterhalten, sondern vor allem auch informieren. Gerade der Kanton Thurgau ist von der allmählichen Blochierung der Medienbranche betroffen. Ein Angriff auf die Billag ist auch immer ein Angriff auf die Vielfalt in Radio, Fernsehen, Internet und Print. Für den Kanton Thurgau bedeutet eine Annahme von No-Billag eine deutliche Verschlechterung der Informationslage. Gerade junge Menschen, welche den Printmedien wenig Beachtung schenken sind auf gut recherchierte Informationsquellen angewiesen, deren Konsum möglichst erträglich und ohne stundenlange Werbeunterbrechungen möglich sein soll. In diesem Sinne lehnt die Juso Thurgau die No-Billag Initiative entschieden ab und hofft, auch in Zukunft auf Qualitätsjournalismus für den Thurgau zählen zu können.

Nina Schläfli, Präsidentin SP Thurgau

"Es ist illusorisch, das ein privater Anbieter den kleinen Ostschweizer oder Thurgauer Markt mit einer ähnlichen Abdeckung und zu diesem Preis befriedigend bespielen kann. Sogar der RR des Kantons TG sieht das ähnlich und hat sich gegen diese Initiative ausgesprochen. NoBillag dezimiert unser Medienangebot und verschlechtert die Informationslage der Bevölkerung drastisch. Ein Thurgauer Nein zu NoBillag ist deswegen unerlässlich."

19. Januar 2018

Medienkonferenz des überparteilichen Thurgauer Komitees Nein zu No Billag

Es gilt das gesprochene Wort.

Simon Vogel, Präsident Junge Grüne Thurgau

„Unsere Demokratie lebt von Information. Die NoBillag-Initiative ist ein klarer Angriff auf die Unabhängigkeit und Vielfalt unserer Medienlandschaft. Deshalb sagen wir Jungen Grünen klar Nein! Nein zum Angriff auf unsere Demokratie und Nein zur Schwächung der Schweizer Kultur

Cornelia Zecchin, Kantonsrätin FDP TG

Das Schweizer Radio und das Schweizer Fernsehen sendet Schweizer Kultur. Die Gebühr für die SRG stützt und fördert die Schweizer Kultur und das eigenständige Schweizer Kulturschaffen. Ohne Radio- und Fernsehgebühr lassen sich kaum noch Schweizer Filme produzieren und Schweizer Musik verliert eine grosse Plattform. Wir brauchen unsere Kultur und dürfen unser unabhängiges Radio und Fernsehen nicht aufgeben. Darum: Nein zu No Billag.